

diagonal

BSPV

www.bspv.ch

Editorial



Keiner weiss, wie viel am Schluss bleibt.

Zryd

Höhere Löhne sind dringlich

Die künftigen Pensionskassenregelungen sind unbekannt, das Lohnsystem soll überarbeitet werden, beim Budget 2014 finden noch heftige Auseinandersetzungen statt. Wer beim Kanton Bern arbeitet, weiss zur Zeit wirklich nicht, wie seine Perspektiven sind.

Matthias Burkhalter, Geschäftsführer BSPV

Trotz Sparprogramm müssen nun endlich bessere Anstellungsbedingungen geschaffen werden. 1,5 Prozent Lohnsummenwachstum im Voranschlag 2014 sind das absolute Minimum. Lohnrückstände und strukturelle Verzerrungen können damit noch nicht korrigiert werden. Und wenn es nicht reichen sollte, dann sind Korrekturen bei den drei anderen Kostenbereichen angesagt: Investitionen, Steuern und Schulden.

Es gibt Alternativen zu jeder Sparmassnahme. Betroffen ist aber immer jemand. Die Frage ist, wer sich letztlich

durchsetzt. Eine kleine Delegation aus dem Oberland hat wegen der Verschlechterung der Grimselpassöffnung vorgeprochen. Und etwas erreicht. 20 000 Staatsangestellte sind auf dem Bundesplatz aufmarschiert und wollen nun auch Resultate sehen. Was in einer Randregion möglich und gut ist, soll auch für den ganzen Kanton Bern gelten. Ich fordere ein Masshalten bei den Investitionen, eine gezielte Erhöhung bei den Steuern und ein vorübergehendes Wachstum der in- zwischen tiefen Schulden.

2 Aktuelles Thema

Junisession

Geschäftsführer Matthias Burkhalter äussert sich kritisch vor der Junisession des Grossen Rates über die Behandlung des Pensionskassengesetzes und des Lehreranstellungs- und Personalgesetzes.

11 Portrait

Kurt Nuspliger, der «treueste Diener» des Kantons Bern

«Es ist wesentlich, dass die Interessen des Personals wahr- und ernstgenommen werden.» Der BSPV setzt sich für das Kantonspersonal ein. Das ist wichtig, denn der Kanton Bern braucht gut qualifiziertes und motiviertes Personal, so Kurt Nuspliger weiter.

Hinweis

Rabatte bei der KPT

Jeder der einen KPT-Kollektivvertrag abgeschlossen hat, profitiert von den Rabatten der Zusatzversicherung. Informieren Sie sich hier: www.bspv.kpt.ch

Rabatte auf Kurse

Verschiedene spannende und informative Kurse zu aktuellen Themen finden auch im Sommer und Herbst statt. Sie finden das Kursprogramm des BSPV und des KV Bern unter: www.bspv.ch. → Dienstleistungen
Zum Beispiel:

29. August 2013: Dreisäulenprinzip und Pensionskasse – einfach erklärt (auch in französischer Sprache)



Neues PKG: Der BSPV fordert den Teuerungsausgleich auf den Renten.

Burkhalter

PKG, PG und LAG

Volle Kraft voraus – und direkt an der Klippe vorbei!

Wer ein Kreuzfahrtschiff auf einem Riff kentern lässt, steht in der Kritik, wird inhaftiert, steht vor Gericht. Wer die kantonale Personalpolitik scheitern lässt, wird belohnt, von den Wählern anerkannt, von den Wirtschaftsverbänden gelobt, von den Medien gehätschelt. Das ist verlogen. Es braucht völlig neue Ansätze.

Von Matthias Burkhalter, Geschäftsführer BSPV

Diese Zeilen werden vor der Behandlung des Pensionskassengesetzes und des Lehreranstellungsgesetzes in der Junisession des Grossen Rates geschrieben. Sie werden nach der Session veröffentlicht. Sie nehmen also nur scheinbar Bezug auf Reales. Die Gesetzgebung hat sich von der Realität aber längst verabschiedet.

Arbeit und Leistung müssen bezahlt werden

Tatsache ist: Dem Staatspersonal und den Lehrkräften muss eine generelle Realloohnerhöhung von zehn Prozent gewährt werden. Auf den Primatwechsel bei den Pensionskassen ist zu verzichten. Den Rentnerinnen und Rentnern ist die Teuerung mindestens teilweise auszugleichen. Eine verlässliche Lohnentwicklung ist si-

cherzustellen. Der Stellenabbau ist zu stoppen. Alle andern Rezepte drohen zu scheitern.

Diese Forderungen sind nicht überrissen, sie sind nicht marktschädigend, sie sind nicht illusorisch. Sie entsprechen den Grundlagen der Verfassung, den Erwartungen des Volkes für die erwarteten Dienstleistungen, für Sicherheit, Gleichheit, dem Schutz der Schwachen, der Wohlfahrt und der «Berner Art».

Wir wollen nicht weiter Zuger, St. Galler und Zürcher Rezepten nachrennen. Der Kanton Bern braucht eine Rückbesinnung auf seine eigenen Werte. Bären sind heimisch, Löwen sind uns fremd. Economiesuisse ist kein Thinktank, sondern ein Steuersenkungsorgan mit Scheuklappen. Die HSG St. Gallen bietet keine Erfolgsre-

Vor dem 1. Januar 2015 passiert nichts

Bis am 1. Januar 2015 gilt das bestehende Recht bei den Pensionskassen. Das Rentenalter wird bis dann nicht erhöht. Die Überbrückungsrente bleibt bestehen. Die Beitragssätze bleiben gleich. Wer sich vor diesem Termin berenten lässt, wird nach altem Recht pensioniert. Und einmal gesprochene Leistungen bleiben garantiert. Der BSPV geht davon aus, dass im Frühjahr 2014 alle Versicherten persönlich über die neuen Bedingungen im Vergleich zu den alten orientiert werden.

zepte, sondern betet amerikanische Wirtschaftsparolen nach. Und alle politischen Parteien des Kantons Bern sind auf dem Holzweg. Der gordische Knoten wird nicht gelöst, sondern muss zerschnitten werden. Kurz, bei der Personalpolitik braucht es nicht Korrekturen, sondern einen völlig neuen Ansatz. Dieser lautet: Arbeit und Leistung müssen bezahlt werden.

Anpacken, nicht jammern!

In der Juni-Session stehen die Beratung des Pensionskassengesetzes, des Lehreranstellungsgesetzes und mithin auch des Personalgesetzes an. Der Regierungsrat hat sich bemüht, vernünftige Grundlagen zu schaffen. Die Verwaltung legte vertretbare Vorschläge vor. HIV und KMU haben kurz gemosert und die Vernehmlassungsvorlagen wurden verwässert. Der Regierungsrat will nicht auf die Klippen fahren und erreicht deshalb auch nie das Festland.

Die vorberatenden Kommissionen des Grossen Rates haben die in Wasserfarben erstellten Ölgemälde auf schwarzweiss umgemalt und Pastelltöne eingefügt. Keine roten, keine schwarzen, keine hellen, keine dunklen. Der Pinsel des Kompromisses fuhr über die ganze Palette und nahm von jeder Farbe einen Teil. Das gibt bekanntlich grau. Die SP hat illusorische Anträge gestellt, die SVP hat ideologisch gedroht, die FDP war wie so oft unzufrieden, die BDP hat Brücken ohne Fundament gebaut und der Rest war auch auf dem Bauplatz und hat seine Meinung zu den Arbeitenden abgegeben.

Und was macht der BSPV? Und was machen die Personalverbände? Und was machen die Lehrerinnen und die Polizisten, die Steuerexpertinnen und die Betreuungswelbel, die Rentnerinnen und die Pfarrer, die Strassenmeister und die Forstwärter, die Pflegefachleute und die Wildhüter? Noch nichts, fast nichts. 20 000 waren auf dem Bundesplatz. Mehr müssen es noch sein.

Der Kanton Bern muss neu erfunden werden. Von Leuten, die nach vorn schauen, die die Wirtschaft fördern, die nicht nur Steuern senken, die keine fremden Vögte dulden, die die Verwaltung achten, die Respekt vor dem Staat haben. Und vor



Im November 2011 haben die Personalverbände des Kantons Bern die Initiative für faire Löhne eingereicht.

alle: Bern braucht Leute, die anpacken und nicht jammern!

Und der BSPV braucht eine Abgeordnetenversammlung mit Weitsicht, einen Zentralvorstand der fordert, eine Geschäftsleitung, die lenkt und eine Geschäftsstelle, die umsetzt. Und Mitglieder, die mitdenken und Stellung beziehen. Und es braucht Dich. Melde Dich. Laut. Und sofort!

Alle Betroffenen müssen sich ganz prinzipiell mit den Grundfragen der Personalpolitik auseinandersetzen. Wollen wir wirklich immer Kompromisse schliessen? Das gerade noch Erträgliche akzeptieren? Wann ist die Schmerzgrenze erreicht? Will ich nur für mich schauen oder auch für jene in der Gehaltsklasse 2? Wollen wir wirklich immer renovieren oder einmal neu bauen?

Und wenn das Referendum ergriffen wird?

Wenn der BSPV oder die SVP oder beide zusammen das Referendum ergreifen und das Volk das neue Gesetz ablehnt, dann sind wir alle weiterhin im Leistungsprimat versichert. Das möchte der BSPV gerne, nicht aber die bürgerlichen Parteien. Dann steigen aber die Versicherungsabzüge auf den Löhnen massiv, da die Deckungslücke in zehn Jahren geschlossen sein muss. Und das will wohl niemand.

Kredit für Referendum schon beschlossen

Die Pensioniertenvereinigung der bernischen Lehrerinnen und Lehrer tagte im Mai in Tramelan. Der PVBL, der rund 2300 Mitglieder zählt, hat als erste Personalorganisation einem eventuellen Referendum gegen ein neues Pensionskassengesetz bereits seine Unterstützung zugesagt. Aus der Kasse wurden schon 10 000 Franken bereitgestellt. Und was die Pensionierten besonders stört, ist, dass im Vortrag des Regierungsrates behauptet wird, Rentnerinnen und Rentner seien nicht mehr in die Delegiertenversammlungen der Pensionskassen wählbar. Das ist noch keinesfalls sicher. Und wird bestritten, denn auch pensionierte Lehrkräfte wollen mitreden und haben etwas zu sagen.

- Der BSPV hat die Kraft, das Referendum gegen das Pensionskassengesetz zu ergreifen.
- Der BSPV hat die Kraft, das Referendum gegen das Lehreranstellungsgesetz zu erzwingen.
- Der BSPV hat die Kraft, die eigene Initiative für faire Löhne in der Volksabstimmung durchzubringen.
- Der BSPV ist stärker als jede politische Partei des Kantons Bern.

Und wer ergreift das Referendum?

Bei der SVP hat ein einzelner Grossrat das Referendum schon angekündigt. Beim BSPV wird dies voraussichtlich der Zentralvorstand entscheiden. Die Mitglieder können aber auch eine Urabstimmung fordern. Es braucht dazu einen Zehntel der Mitglieder oder einen Beschluss des Zentralvorstandes oder der Abgeordnetenversammlung.



Blicken Sie entspannt in Ihre Zukunft

Finanzielle Pensionsplanung, Steueroptimierung, Vermögensanlage, Zweitmeinung zu Bank- und Versicherungsangeboten – alle Entscheidungsgrundlagen aus einer Hand.

**Damit Sie Ihre Zeit unbeschwert
geniessen können.**

**Unabhängige
Pensionsplanung**
Beratungsqualität vom BSPV
getestet und für gut befunden.
Mit Sonderkonditionen für
BSPV-Mitglieder.



Bonstettenstrasse 1, 3012 Bern
T 031 301 45 45

www.glauserpartner.ch



Umzüge
Privat und Geschäft

**peyer
bern**

T: 031 996 63 63
www.peyerbern.ch

Umzüge Transporte Lagerungen

FRIWASH

Die sanfte,
schonende
Autowaschstrasse
mit Textilfasern

Ey 9a, 3063 Ittigen
Tel. 031 921 76 83

Webcam unter: www.friwash.ch

Läuft Ihre Festhypothek demnächst ab?



**Vergleichen Sie unsere Konditionen,
bevor Sie verlängern!**

Aktuelle Zinssätze und Bedingungen unter www.bpk.ch
oder Telefon 031 633 50 56.



Bernische Pensionskasse
Schlößlistrasse 17
3000 Bern 25
Telefon 031 633 44 27
Telefax 031 332 46 86
www.bpk.ch

**Diese Zeitung ist
lebenswichtig für Sie.
Nachts, wenn Sie
auf dem kalten Boden
schlafen müssen.**

Schutzlosigkeit und Ausbeutung sind traurige
Realität für Millionen Kinder weltweit.

Sie können helfen: www.tdh.ch · PCK 10-11504-8

 **Terre des hommes**

Kinder brauchen uns. tdh.ch

Bern muss konkurrenzfähig sein

Was geht denn das Lehreranstellungsgesetz das Staatspersonal an, mögen sich viele fragen. Viel geht es uns alle an. Sehr viel.

Im November 2011 haben die Personalverbände des Kantons Bern die Initiative für faire Löhne eingereicht. Unter anderem wurde gefordert, dass dem Grossteil der Mitarbeitenden eine jährliche Gehaltserhöhung von 1,5 Prozent des Grundgehalts gewährt werden solle. Nur bei genügenden Leistungen. Dafür verbindlich, verlässlich und gesetzlich zugesichert. Über diese Initiative hat das Berner Volk noch nicht befunden.

Verlässlichkeit für das Personal

Der Regierungsrat hat das Begehren nach Verlässlichkeit aufgenommen und eine Revision des Lehreranstellungsgesetzes in die Vernehmlassung gegeben, die auch Neubestimmungen für das Staatspersonal vorsah. Die Lehrkräfte sollten zu Beginn der Karriere einen ansehnlichen Gehalts-

aufstieg erhalten, damit die Konkurrenzfähigkeit mit Nachbarkantonen einigermaßen erreicht werde. Nach 27 Jahren sollte das Gehaltsmaximum erreicht werden.

Nach vielen kritischen Vernehmlassungsantworten wurde dieser regierungsrätliche Gegenvorschlag zur Initiative stark verwässert und der vorberatenden Kommission des Grossen Rates unterbreitet. Diese Kommission strich dann noch die letzten Reste einer fortschrittlichen Lösung weg. Das Resultat war eine glatte Null. Die politischen Parteien hatten nicht allesamt ihre Personalfachleute in die Kommission entsandt.

Keine Nullrunden mehr

Der Regierungsrat hält an seiner Lösung fest und ist nicht gewillt, das Streichkon-

zert der Kommissionsmehrheit zu akzeptieren. Besonnene Politiker haben durchblicken lassen, dass eine Nulllösung auch in finanziell angespannter Zeit nicht akzeptabel sei. Wenigstens die Rotationsgewinne seien dem Personal jedes Jahr zur Verfügung zu stellen. Dazu bräuchte es aber gar kein Gesetz. Der Regierungsrat hätte schon längst jedes Jahr diese Gelder für Lohnmassnahmen einsetzen können. Dies tun auch alle Firmen der Privatwirtschaft ganz selbstverständlich, da ja keine Zusatzkosten entstehen.

In der Junisession fand die erste Beratung statt. In der Septembersession sind weitere Korrekturen möglich. Und wenn alles Stricke reissen, unterbreiten wir den Stimmberechtigten möglichst umgehend die Lohninitiative zur Abstimmung. So wie jetzt, kann es nicht weitergehen.

Entschlossen etwas zu ändern

Unter dem Motto «Resolution» trafen sich am 29. Mai über 5000 Lehrerinnen und Schulleiter in Bern zum Lehrertag. Ihre Forderungen sind klar.

Damit den Schülerinnen und Schülern auch in Zukunft ein guter Unterricht geboten werden kann und das qualifizierte Personal nicht in Nachbarkantone abwandert, muss endlich gehandelt werden.

Gefordert werden faire Anstellungsbedingungen

Die Forderungen von LEBE korrelieren ziemlich genau mit denen des Staatspersonalverbands. Seit Jahren nimmt die Arbeitsbelastung zu, doch die Lohnentwicklung stagniert. Die Versicherten zahlen jährlich Sanierungsbeiträge in die Pensionskassen ein, tragen aber die Lasten der Leistungsverschlechterungen. Für LEBE ist klar, dass nur gut qualifiziertes und vor allem auch motiviertes Personal gute Leistungen erzielt. Deshalb braucht es faire Anstellungsbedingungen.

Auf Vernunft wird gezählt

LEBE ist bereit, ihre Forderungen mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln durchzubringen. In der Juni- und der Sep-

tembersession wird der Grosse Rat über das Lehreranstellungsgesetz, das Personalgesetz und das Pensionskassengesetz entscheiden. LEBE zählt auf die Vernunft der bernischen Regierung und des Grossen Rats und somit auf faire Anstellungsbedingungen im Kanton Bern.

1. Konkurrenzfähige Löhne zur Privatwirtschaft
2. Verlässliche Lohnentwicklung
3. Bessere Leistungen der Pensionskassen
4. Pflichtpensensenkung um zwei Lektionen zusätzlich für die Klassenleitung
5. Keine Erhöhung des KlassengrösSENDURCHSCHNITTS



365 Tage.
9 Vitamine.
Eine Bank.



Ja gären!



B E K B | B C B E

Für ds Läbe.

...mich flexibel weiterbilden!

Handelsschule
berufsbegleitend

Eidgenössische Fachausweise
Technische Kaufleute
Führungsfachleute
Organisator/in
Marketing



www.teko.ch



Kehrli+Oeler

CH-3001 Bern
 Telefon 031 388 81 11
 www.kehrlioeler.ch

Privat- und Geschäftsumzüge
 Lagerlogistik

Regional • National • International




Grotto Ticino
Pizzeria Cafiero
 am Breitenrainplatz
 3014 Bern

Saisongerecht, frisch und authentisch!

Geniessen sie unsere
 Tessiner- und Italienischen Spezialitäten

Durchgehend warme Küche von 11.30 bis 22:45 Uhr
 Jeden Tag geöffnet! Telefon: 031/ 331 96 77

www.grotto-ticino.ch



Muesmatt AG
Fenster und Schreinerei

Alpenstrasse 40 · 3052 Zollikofen
 Telefon 031 911 80 11 · Fax 031 911 25 11
www.muesmatt.ch

Die nächsten Termine:




Heft	Inserateschluss	erscheint am
4	26. Juli	30. August
5	13. September	18. Oktober
6	15. November	20. Dezember

Telefon: 031 300 63 89 E-Mail: inserate@staempfli.com

- **Neubau**
- **Umbau**
- **Service**

**Heizung Lüftung
 Sanitär Elektro**

Badertscher + Co AG

Zentweg 13, 3006 Bern
 Tel. 0319 381 381
 Fax 0319 381 391
www.baco.ch



Attraktivere Arbeitsbedingungen in der Privatwirtschaft

Die Anforderungen an die Strassenmeister werden stets höher. Sie haben hohe körperliche Belastungen zu ertragen. Da braucht es einen wie Stefan Egger, der sich für seine Kollegen engagiert.

Wolltest Du schon in der Schule Strassenmeister werden?

Eigentlich schon, denn mein Vater war bereits 37 Jahre Strassenmeister. Zuerst lernte ich allerdings Maurer und kam erst mit 32 Jahren zum Kanton.

Und kannst Du deinen Kollegen im Baugewerbe den Wechsel zum Kanton Bern empfehlen?

In schlechten Zeiten schon. Zurzeit hat aber die Privatwirtschaft die besseren Arbeitsbedingungen.

Die Strassenmeister warten immer noch darauf, dass für Arbeit am Samstagmorgen analog der Privatwirtschaft, eine Zulage ausgerichtet wird. Wie setzen wir diese Forderung durch?

Unsere Petition wurde vom Regierungsrat entgegengenommen. Die Änderung wurde uns versprochen. Wir hoffen, dass mit

der nächsten Revision der Personalverordnung eine Anpassung erfolgt.

Polizisten in blauer Uniform, Pflegefachleute in Weiss und wo waren die «Orangen» an der Kundgebung vom 16. März auf dem Bundesplatz?

Beim Restaurant National haben sich rund 50 Strassenmeister eingefunden. Etliche gingen aber direkt auf den Bundesplatz. Es hätten noch mehr sein müssen. Die Farbe Orange wird nächstes Mal zu sehen sein.

Weshalb engagierst Du Dich als Präsident und nun auch in der Geschäftsleitung des BSPV dermassen aktiv?

Ich war schon in jungen Jahren Gemeinderat in Oberried. Mein Engagement für die Gesellschaft entspricht meiner Grundeinstellung.

Weshalb erhalten Polizistinnen und Polizisten drei Jahre früher als die Strassenmeister die volle Rente?

Wohl aus Tradition. Bei den Strassenmeistern wäre eine Neuregelung auch angebracht. Grabenarbeit, Arbeiten am hängenden Seil, heikle Schneeräumungen, Nässe und Kälte führen zu hohen körperlichen Beanspruchungen.

Sind Strassenmeister bereit zu streiken?

Strassenmeister sind sehr loyal mit dem Kanton Bern. Viele sehen auch die Vorteile einer kantonalen Anstellung. Einige äussern sich aber zu verschiedenen Ungerechtigkeiten schon sehr kritisch. Wir hoffen, dass Streiks nicht notwendig sein werden. Der Grosse Rat muss uns beim Lohn und bei den Pensionskassen entgegenkommen.

Freust Du Dich auf Deine Mitarbeit in der Geschäftsleitung?

Sicher. Ich habe mich sofort gemeldet, als ein handwerklicher Vertreter gesucht worden ist. In den Büros geht oft vergessen, welche Bedürfnisse wir draussen haben. Der Kanton Bern muss zu seinem handwerklichen Personal Sorge tragen. Die Bevölkerung zum Beispiel, weiss unseren Einsatz sehr zu schätzen.

«Wir hoffen, dass mit der nächsten Revision der Personalverordnung eine Anpassung erfolgt.»

Stefan Egger

Stefan Egger ist Präsident der Sektion Strassenmeister Berner-Oberland, Präsident des Kantonal-Bernischen Strassenmeisterverbandes und ab dem 1. Juli 2013 Mitglied der Geschäftsleitung des BSPV.

Pensionskassenlösung der Polizei wird gefordert

Ein Betreibungsweibel muss die Umstände in seinem Bezirk und bei den betroffenen Familien kennen. Eine gute Vernetzung mit dem Statthalteramt, der Polizei und den sozialen Institutionen erleichtern seine Arbeit massgeblich. Fingerspitzengefühl, Durchsetzungsvermögen und Nachsichtigkeit sind gefragt – vor allem auch wenn Kinder von den Missständen betroffen sind.

An der Hauptversammlung der Betreibungsweibel stellte Kurt Zimmer den Antrag, dass die Betreibungsweibel bei der Revision des Pensionskassengesetzes von den gleichen Sonderregelungen profitieren sollen, die für das Polizeikorps gelten. Dies stiess auf offene Ohren. Auch beim BSPV-Geschäftsführer Matthias Burkhalter.

Er sieht diese Problematik zum Beispiel auch bei den Strassenmeistern oder den Forstwarten, welche ebenfalls einer hohen physischen oder aber auch psychischen Belastung ausgesetzt sind: «Für betroffene Arbeitsgruppen muss die gleiche Pensionskassenregelung gelten wie für das Polizeikorps». Das würde bedeuten,

dass die maximale Rente bereits drei Jahre früher erreicht werden könnte. Dies würde bedingen, dass die Betroffenen und der Arbeitgeber jedes Jahr 1,5% des versicherten Lohns zusätzlich in die Pensionskassen einzahlen würden. Die Betreibungsweibel haben einstimmig beschlossen, dass Matthias Burkhalter im Grossen Rat einen Antrag bei der anstehenden Gesetzesrevision oder eine Motion für diese Anpassung einreichen soll.

Belastungs-Analyse

Dass der psychische Druck bis zu einer Kündigung führen kann, hat Betreibungsweibel Fritz Bernhard eindrücklich geschildert. Einerseits wird man tagtäglich mit Situationen konfrontiert, welche betroffen machen und der emotionale Druck steigt dadurch stetig an. Andererseits werden die zu betreuenden Bezirke immer grösser. Die geleistete Überzeit wird mit einer zusätzlichen Ferienwoche pro Jahr bei weitem nicht ausreichend abgegolten.

Um nun zu prüfen, in welchem Masse sich die Arbeitsbedingungen verschlechtert haben, wurde ein Modul erarbeitet, welches während 12 Monaten Auswertungen über die durchschnittliche Belastung, die geleistete Überzeit oder die wachsende Grösse des zu betreuenden Bezirks macht. Die Resultate werden anschliessend analysiert und die Arbeitsbedingungen hoffentlich optimiert. Der Betreibungsweibelverband bleibt mit Unterstützung des BSPV-Geschäftsführers in Kontakt mit den vorgesetzten Stellen.



Fritz Bernhard schildert seine Kündigungsgründe.

Burkhalter

Neuer Höchststand bei den Gerichtsschreiberinnen

Zehn Neueintritte bei bloss drei Abgängen. So präsentiert sich die erfolgreiche Bilanz des Verbandes der Bernischen Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber.

Damit wird ein neuer Höchststand von 40 Aktiven erreicht. Leicht mitgeholfen hat da auch die Justizreform. Ja, und es hat auch noch Männer, die ihre Karriere bei der Berner Justiz beginnen. Das Präsi-

um bleibt aber weiterhin in weiblicher Hand. Nach etlichen erfolgreichen Jahren als Präsidentin übergibt Simone Mühlethaler die Führung der jungen dynamischen Sektion an Dina de Giorgi.



Weiterhin eine Frau an der Spitze: Dina de Giorgi wird Nachfolgerin von Simone Mühlethaler

Burkhalter

VBOG: Macht und Ohnmacht einer Sektion

Lange Jahre war die Sektion VBOG «Vereinigung Berner Ortsgruppen» fast die grösste und stärkste Sektion des BSPV. Am 24. April 2013 hat sie sich aufgelöst. Ihre 600 berufstätigen Mitglieder treten automatisch zu den Einzelmitgliedern oder auf eigenen Wunsch, in eine andere Sektion über.

Damit geht ein Stück Verbandsgeschichte zu Ende. Der Vorstand konnte seit Jahren nicht im nötigen Umfang erneuert werden. Drei Vorstandsmitglieder sind mittlerweile pensioniert. Hauptgrund für die Auflösung ist, dass Erich Frauenfelder, der langjährige Präsident, keine Nachfolgerin gefunden hat. Es ist ein bedauerliches Zeichen der Zeit, dass es immer schwieriger wird, Präsidentinnen und Präsidenten zu finden. Auch andere Sektionen kennen dieses Problem.

Ortsgruppe Bern

Bei der Gründung des BSPV im Jahr 1912 gab es noch keine Untergruppen oder Sektionen. Aber bereits 1923 wurde im Jahresbericht des BSPV festgestellt: «Die Forderungen der einzelnen Kategorien des Staatspersonals sind von einander mehr oder weniger verschieden. Diese Tatsache rechtfertigt die Tendenz, welche die Entwicklung des Verbandes in der letzten Zeit aufweist, nämlich die stärkere

Betonung des Föderativsystems.» Im Jahr 1925 wurde die Sektion Bern, die eigentliche Vorgängerin der VBOG, gegründet. Die Sektion Bern bildete einen selbständigen Unterverband mit dem Namen Ortsgruppe Bern, der bis ins Jahr 1995 Bestand haben sollte.

Vereinigung Berner Ortsgruppen

Auf den 1. Januar 1995 schloss sich die Untergruppe Verwaltungspersonalverband, die aus mehreren Gruppen in den grössten Bezirkshauptorten bestand, an die Ortsgruppe Bern an. Die aus dieser Fusion hervorgegangene Untergruppe gab sich den Namen VBOG – Vereinigung Berner Ortsgruppen. Die neu gebildete Sektion wies Ende 1995 einen Bestand von 997 Mitglieder auf. Nur die Polizeibeamten hatten einen höheren Bestand. Die Fusion trug der damaligen Tendenz nach Schaffung straffer, schlagkräftiger Unterverbände Rechnung, blieb aber der einzige grössere Zusammenschluss im BSPV.

Mitglieder VBOG: In den nächsten Tagen erhalten alle einen Brief. Einerseits wird darauf aufmerksam gemacht, dass alle VBOG-Mitglieder, welche nun direkt Einzelmitglieder geworden sind, auch in eine andere Sektion übertreten können.

Andererseits hat Eugen Schneider, Präsident der Rentnervereinigung, festgestellt, dass sich nicht alle Rentenbeziehenden bewusst sind, dass sie die Angebote der Rentnervereinigung nutzen können. Also, nutzen Sie diese!

Die VBOG nimmt auf und gibt ab

Im Jahr 1997 trat die Untergruppe Zivilangestellte der Kantonspolizei der VBOG bei und im Jahr 2003 die Untergruppe Steuerexperten. Beide konnten keinen Vorstand mehr stellen. Am 14. Oktober 2009 hingegen lösten sich Angestellte des Bereichs Freiheitsentzug und Betreuung aus der VBOG und bildeten die Sektion Personal des Straf- und Massnahmenvollzugs des Kantons Bern. Bei jeder weiteren Sektionsgründung verlor die VBOG einige Mitglieder an eine Partnersektion. Zuletzt war deshalb die VBOG nur noch eine starke Vertretung jener Einzelmitglieder, die in keiner Berufs- oder Standortgruppe organisiert waren und die sich nur für die Mitgliedschaft im BSPV, aber nicht mehr für die VBOG interessierten.



Erich Frauenfelder konnte an den ZV- und GL-Sitzungen vom Meinungsaustausch im Vorstand der VBOG profitieren. Friedrich

Wechsel in der Geschäftsleitung

An der Frühlingsitzung des Zentralvorstandes des BSPV wurde über die Pensionskassenfrage informiert, über eine allfällige Erhöhung der Abgabe von REKA-Checks entschieden und die Nachfolger von Otto Aeby und Erich Frauenfelder gewählt. Die beiden waren langjährige und geschätzte Mitglieder der Geschäftsleitung.

Die Statutenreform beinhaltet neu auch die Amtszeitbeschränkung für Geschäftsleitungsmitglieder. Deshalb haben Otto Aeby und Erich Frauenfelder ihren Rücktritt per Ende Juni eingereicht. Seit über zehn Jahren haben die Beiden in der Geschäftsleitung des BSPV für viele positive und konstruktive Anregungen und Impulse gesorgt.

Keine Kampfwahl

Der Zentralvorstand hat am 2. Mai 2013 nun deren Nachfolger wählen dürfen. Der Pfarrverein hat ihre Präsidentin Barbara Schmutz vorgeschlagen. Sie bringt ein gutes Augenmass und viel Leidenschaft für die Anliegen des Kantonspersonals mit. Stefan Egger, Präsident der Sektion Strassenmeister, kennt die Begehren der

handwerklich tätigen Kantonsarbeiter bestens und will deren Standpunkt vertreten. Aus der Sektion HTP/Insel wurde der aktuelle Vizepräsident Giorgio Insom zur Wahl vorgeschlagen. Er würde direkt in die Fusstapfen von Otto Aeby, welcher aus dem technisch-handwerklichen Bereich kommt, treten.

Damit es zu keiner Kampfwahl kam, haben der Präsident Peter Bernasconi und der Geschäftsführer Matthias Burkhalter beantragt, dass einer der Drei die Nachfolge von Erwin Balsiger, dessen Amtszeit ebenfalls im Sommer endet, antritt. Barbara Schmutz meldete sich darauf freiwillig und wird im Juni von der Abordnetenversammlung voraussichtlich zur Finanzverantwortlichen in die Geschäftsleitung gewählt werden.

Abgabe REKA-Checks

Die Sektion Bibliotheksangestellte hat den Antrag gestellt, dass die Bezugsmenge der REKA-Checks erhöht werden solle. Bei der Abstimmung darüber wurde beinahe einstimmig der Status Quo beschlossen. Die Geschäftsleitung hatte zuerst grosse Sympathie für den Antrag. Doch war der bescheidene Mitgliederbeitrag des BSPV im Vergleich zu den doch recht hohen Kosten für die REKA-Checkverbiligung das Hauptargument dafür, dass der von vielen eigentlich positiv beurteilte Antrag abgelehnt wurde.



Otto Aeby war 15 Jahre in der Geschäftsleitung.



Erich Frauenfelder war 13 Jahre in der Geschäftsleitung.

Webauftritt für Sektionen

Der BSPV bietet neu allen Sektionen die Möglichkeit, eine Homepage vom BSPV umsetzen zu lassen. Ein Webauftritt ist für jede Sektion praktisch; dient er doch vor allem auch als interne Informationsplattform.

Der BSPV wird den Sektionen eine übersichtlich gestaltete Homepage mit einer einfachen CMS-Lösung zur Verfügung stellen. Das heisst, die Website kann von der jeweiligen Sektionen komfortabel selbst betreut werden. Oder aber, die Sektion liefert dem BSPV alle Daten und kommuniziert die allfälligen Änderungen, da-

mit die Seite erstellt, ergänzt und immer wieder aktualisiert werden kann. Die Website wird danach mit der BSPV-Seite verlinkt.

Werbe- oder Imagebroschüre

Zusätzlich wird der BSPV eine Werbebroschüre erstellen lassen, welche inhaltlich

für jede Sektion angepasst und gestaltet werden kann. Die Broschüre soll eine Visitenkarte der Sektion sein. Sie weist einen fixen Inhalt zum Beispiel über die Historie und Ziele eines Verbandes, Fotos oder den Bezug zum BSPV auf. Aktuelle Informationen jeglicher Art können der Broschüre beigelegt und der entsprechenden Zielgruppe direkt abgegeben werden. Durch den nun geförderten Sympathiewert der Sektion, können beispielsweise auch neue Mitglieder gewonnen werden.

Interessierte können sich hier melden:
zryd@bspv.ch oder 031 311 11 66

Auch ich war auf dem Bundesplatz

Kurt Nuspliger arbeitete 28 Jahre als Staatsschreiber für den Kanton Bern. Im Mai tritt er zurück. Vor 30 Jahren trat er dem BSPV bei. Wir sind stolz darauf. So wie auch auf alle anderen Mitglieder, die nicht dermassen im Rampenlicht der Politik standen.

«Für mich ist der BSPV wichtig, da er sich für das Berner Personal einsetzt. Und dies kann er vor allem auch dank seiner guten politischen Vernetzung», anerkennt Kurt Nuspliger. Für ihn ist der Verband von Nöten, denn es ist wichtig, dass die Interessen des Personals wahr- und ernstgenommen werden.

Verlässlichkeit auf allen Ebenen

Am 16. März 2013 war auch Kurt Nuspliger auf dem Bundesplatz an der Grosskundgebung der Personalverbände. «Der Kanton braucht gut qualifiziertes und motiviertes Personal», so Kurt Nuspliger. Er weiss, dass der Kanton finanzielle Schwierigkeiten hat. Seiner Meinung nach sollten dem Personal dennoch keine Zusatzlasten aufgebürdet werden. Es existiert eine Logik im Gehaltssystem, es wird von klaren Annahmen und der Zusage von Perspektiven ausgegangen. Das Lohnsystem hat also eine Art innere Gerechtigkeit. Es braucht Aufstiegsmöglichkeiten für alle Angestellten und ein zuverlässiges Lohnsystem, damit der Kanton konkurrenzfähig bleiben kann. Mindestens 1,5% der Lohnsumme muss dem Personal jährlich zusätzlich zur Verfügung stehen, damit diese Logik erfüllt werden kann.

Stillstand gibt es nicht

Der Musterberner ist in Lauperswil heimatberechtigt. Im Herzen des Kantons Bern. Nach seiner Tätigkeit als juristischer Mitarbeiter des Sekretariats der Bundesversammlung, wechselte er zum Kanton und arbeitete zuerst als Vizestaatsschreiber. 1985 wählte man ihn zum Staatschreiber des Kantons Bern. 1991 wurde er



Durch ein zuverlässiges Lohnsystem konkurrenzfähig bleiben. Zryd

vom damaligen Bundesrat Otto Stich zur Bundeskanzlerkandidatur motiviert. Aus politischen Gründen wurde eine andere Kandidatur vorgezogen. Zum Glück für den Kanton Bern.

Im Mai tritt er nun nach vielen Jahren erfolgreichen Wirkens als Staatsschreiber zurück. Die Stabsübergabe erfolgt in jedem Gremium und in jeder Funktion geplant, verlässlich und mit Rücksicht auf alle anderen. Kurt Nuspliger kennt die Komplexität all seiner Aufgaben bestens und ist bereit, seinen Nachfolger zu unterstützen und auf die grosse Herausforderung vorzubereiten.

Seit 1994 ist er Honorarprofessor und unterrichtet an der Universität Bern Staatsrecht. Vor zehn Jahren war er Mitgründer des Kompetenzzentrums für Public Management der Universität Bern, wo er noch immer als Dozent tätig ist. Kurt Nuspliger gibt sein enormes Wissen künftigen Generationen weiter.

Sein soziales Verständnis, seine Diskretion, sein Engagement waren vorbildlich und werden es weiterhin sein.

Kolumne

PKG: Referendum?

Übergewichtigen wird eine Schlankheitskur verordnet. Aber den Patienten gleich zu Tode hungern? Genau das geschieht aber mit der PKG-Vorlage. Ursprünglich war eine Schuldanererkennung des Kantons von 2,8 Mia. geplant. Nach einer Referendumsandrohung waren in der «grünen» Vorlage nur noch 2,1 Mia. In der «grauen» Kommissionsvorlage sind es noch 1,7 Mia. Die Auswirkungen (am Beispiel der BLVK): Statt der heutigen Sanierungsbeiträge von 1,7% wären neu über 20 Jahre hinweg «Finanzierungsbeiträge» von 2,55% fällig. Beim Nachrechnen stellt sich aber heraus, dass man die BLVK so in 20 Jahren nur auf einen Deckungsgrad von 90% bringt. 2034 wäre also die nächste Sanierungsmilliarde fällig. Es sei denn, man verlange 10% Finanzierungsbeiträge. Was man wiederum vermeiden kann mit einer Rentensenkung von rund 10%.

Und nun sind wir an der Schmerzgrenze. Der Kommissionsvorschlag ist etwa gleich schlecht wie die Alternative, nämlich die Zwangsausfinanzierung von Bundes wegen auf 100% in 10 Jahren. Und damit fallen die Gründe gegen das Referendum dahin. Die Parlamentarier malen fleissig das Chaos an die Wand, falls ein Referendum ergriffen wird. Sie können es vermeiden: wenn sie die Schlankheitskur stoppen.



Christoph Zürcher, engagierter Vertreter der Versicherten bei unserer Schwesterkasse BLVK

Die Meinung des Autors muss sich nicht mit jener des BSPV decken.

Wer kriegt den Berner Jura?

Am 24. November kommt es zur Abstimmung über die Zukunft des Berner Jura – Kanton Bern oder Kanton Jura? Der Berner Regierungsrat strebt den Verbleib des Berner Jura in den eigenen Reihen an. Jedoch will er kein Geld für eine Propaganda einsetzen und fordert dies ebenfalls vom Kanton Jura. Aber ob der Kanton Bern dann tatsächlich kein Geld in den Abstimmungskampf investieren wird, entscheidet der Grosse Rat in der Junisession.

SNB mit Gewinn

Für das erste Quartal dieses Jahres weist die Schweizerische Nationalbank einen Konzerngewinn von 11,2 Milliarden Franken aus. Während der Budgetdebatte im Herbst 2012 vermeldete die SNB Gewinne von 17 Milliarden Franken, welche dann weitgehend verschwunden waren. Die Ergebnisse würden von Gold-, Devisen- und Kapitalmärkten abhängen und starke Schwankungen seien somit normal, teilte die SNB mit.



Archiv

SNB mit Schwankungen.

Die «gelben» rennen im Zeichen des Kantons

Am diesjährigen Grand Prix von Bern haben etwa 700 Kantonsangestellte teilgenommen. Der Kanton Bern hat ihnen gelbe Trikots mit dem Kantonslogo, das Startgeld gesponsert und vorgängig ein paar Trainings organisiert. Auf der Strecke von 16.1 Kilometer lief das Kantonspersonal unter dem Motto: «Wir stehen zu unserem Arbeitgeber – hoffentlich steht er auch zu uns!» Eine sympathische Aktion beiderseits.

Vierjähriges Gymnasium

Der Regierungsrat hat erfreulicherweise beschlossen, in Zukunft ein durchgehend vierjähriges Gymnasium zu führen. Die Qualität des gymnasialen Unterrichts kann dadurch sicher gesteigert werden. Zudem werden für den gesamten Kanton einheitliche Lösungen umgesetzt. Der Bericht des Regierungsrates wird nun in eine breite Vernehmlassung gegeben.



Tobias Furrer

16.1 Kilometer stehen noch bevor.

Vaterschaftsurlaub ist noch nicht verankert

Der Vaterschaftsurlaub gehört in vielen Betrieben zum guten Ton. Zwischen einem Tag und vier Wochen kann der Vaterschaftsurlaub dauern. Nur wenige Unternehmen belassen es beim gesetzlichen Minimum. Während die Stadt Bern den Vätern drei bis vier Wochen Urlaub gibt, muss sich ein Kantonsangestellter (noch) mit zwei Tagen begnügen. Der Bundesrat zieht nun sogar eine gesetzliche Regelung in Erwägung.

Streikende Angestellte

In den Kantonen Thurgau, Schaffhausen und Graubünden kam es bereits zu Streikaktionen. In der Westschweiz sind etliche Berufskategorien bereits in den Ausstand getreten. So zum Beispiel die Polizisten im Kanton Genf. Die Auswirkungen des Betrugs bei der Unternehmenssteuerreform auf die Kantons Haushalte treten nun zu Tage. Die Staatsangestellten wollen offensichtlich nicht alle Folgekosten alleine übernehmen.



Zryd

Vaterschaftsurlaub bald im Gesetz?

Impressum

diagonal

**BSPV
APEB**



Offizielles Organ des Bernischen
Staatspersonalverbandes BSPV

Organe officiel de l'Association du
personnel de l'Etat de Berne APEB

www.bspv.ch, sekretariat@bspv.ch

Redaktion

Daniela Zryd
Matthias Burkhalter
Redaktionsadresse:
Postgasse 60, Pf 533
3000 Bern 8
Tel. 031 311 11 66
Fax 031 311 11 18

Übersetzung französisch

Christine Theumann-Monnier

Inseratenverwaltung

Stämpfli Publikationen AG
Wölflistrasse 1
Postfach 8326
3001 Bern
inserate@staempfli.com

Satz, Druck und Spedition

Stämpfli Publikationen AG
Postfach 8326
3001 Bern

Berne doit être concurrentiel

En quoi la Loi sur le statut du corps enseignant concerne-t-elle le personnel de l'Etat, se demandent sans doute beaucoup d'entre vous. Elle nous concerne à de nombreux égards. De très nombreux égards.

En novembre 2011, les associations de personnel du canton de Berne ont déposé leur initiative pour des salaires corrects. Celle-ci réclame entre autres que la majeure partie des collaborateurs obtienne une augmentation annuelle de salaire de 1,5% par rapport au traitement de base. Uniquement en cas de prestations satisfaisantes. Mais en échange, cette augmentation doit être garantie de façon contraignante, fiable et légale. Le peuple bernois ne s'est pas encore prononcé sur cette initiative.

Fiabilité pour le personnel

Le Conseil-exécutif a enregistré notre besoin de fiabilité et a mis en consultation une révision de la Loi sur le statut du corps enseignant qui prévoyait aussi de nouvelles dispositions pour le personnel de l'Etat. Les enseignants devaient obtenir

une belle augmentation de traitement au début de leur carrière afin que le canton de Berne soit relativement concurrentiel par rapport aux cantons voisins. Le salaire maximal devrait être atteint après 27 ans.

A la suite des nombreuses critiques reçues en réponse à la consultation, cette contre-proposition de l'exécutif à notre initiative a été fortement diluée avant d'être soumise à la commission consultative du Grand Conseil. Cette dernière a encore biffé les derniers restes d'une solution progressiste. Donc résultat nul. Les partis politiques n'avaient pas tous dépêché leurs spécialistes du personnel à la commission.

Plus de gel des salaires

Le Conseil-exécutif s'accroche à sa proposition et n'est pas disposé à accepter le concert de violons de la majorité de la

commission. Certains politiques avisés ont laissé entendre qu'une option zéro n'était pas acceptable, même dans une situation financière tendue. Selon eux, il faut au moins que les gains de rotation soient mis chaque année à disposition du personnel. Pour cela, pas besoin de loi. Le Conseil-exécutif aurait pu depuis longtemps déjà utiliser cette somme chaque année en faveur de mesures salariales. C'est ce que font aussi naturellement toutes les entreprises de l'économie privée puisque cette mesure n'entraîne aucun coût supplémentaire.

Le premier examen de la loi a eu lieu durant la session de juin. De nouvelles corrections sont possibles pendant celle de septembre. Dans le pire des cas, nous soumettrons au plus vite l'initiative sur les salaires au vote des citoyens. Cela ne peut plus continuer comme ça !

Décidés à changer quelque chose

Le 29 mai, près de 600 enseignantes et enseignants se sont réunis à Berne sous la devise « Résolution » à l'occasion de la journée des enseignants. Leurs revendications sont claires.

C'est le moment d'agir enfin pour que les élèves puissent à l'avenir encore bénéficier d'un enseignement de qualité et éviter que le personnel qualifié n'émigre dans les cantons voisins.

Des conditions de travail correctes

Les revendications de LEBE correspondent assez exactement avec celles du personnel de l'Etat. Voilà des années que la charge de travail est en augmentation, alors que la progression salariale stagne. Les assurés versent chaque année des cotisations d'assainissement aux caisses de pension, mais ont à supporter les détériora-

tions en matière de prestations. Pour LEBE il est clair que seul un personnel qualifié, mais surtout motivé, peut fournir de bonnes prestations. Mais pour cela, il faut des conditions de travail correctes.

Miser sur le bon sens

LEBE est prêt à se battre pour ses revendications avec tous les moyens à sa disposition. Lors des sessions de juin et de septembre, le Grand Conseil se prononcera sur la Loi sur le statut du corps enseignant, la Loi sur le personnel et la Loi sur les caisses de pension. LEBE compte sur le bon sens du gouvernement bernois et du

Grand Conseil et, par conséquent, sur des conditions de travail correctes dans le canton de Berne.

1. Des salaires concurrentiels par rapport à l'économie privée
2. Une progression salariale fiable
3. De meilleures prestations de la part des caisses de pension
4. Baisse du pensum obligatoire de deux périodes supplémentaires en cas de maîtrise de classe
5. Pas d'augmentation des effectifs de classe moyens



La nouvelle LCP : L'APEB exige une compensation du renchérissement sur les pensions.

Burkhalter

Loi sur les caisses de pension

En avant toute, évitons le récif!

Un capitaine qui fait chavirer un navire de croisière sur un récif est exposé à la critique, arrêté et jugé. Ceux qui font échouer la politique du personnel du canton sont récompensés, plébiscités par les électeurs, loués par les associations économiques et chouchoutés par les médias. C'est de l'hypocrisie. Il faut repartir sur des bases entièrement nouvelles.

Par Matthias Burkhalter, administrateur de l'APEB

Ces lignes sont écrites avant que la Loi sur les caisses de pension et la Loi sur le statut du corps enseignant n'aient été débattues au Grand Conseil pendant la session de juin. Elles seront publiées après la session. Elles n'ont donc qu'un semblant de rapport avec la réalité. Mais le processus législatif a depuis longtemps rompu avec la réalité.

Le travail et les performances méritent salaire

C'est un fait : une augmentation réelle des salaires de 10% doit être accordée de manière générale aux employés de l'Etat et aux enseignants. Il faut renoncer au changement de primauté pour les caisses de pension. Les retraitées et retraités doivent recevoir une compensation au moins par-

tielle du renchérissement du coût de la vie. Il est nécessaire de garantir une progression salariale fiable. Il faut stopper le démantèlement des postes de travail. Toutes les autres solutions risquent d'échouer.

Ces revendications ne sont pas excessives, elles ne sont pas néfastes pour le marché, elles ne sont pas illusoires. Elles correspondent aux fondements de la

constitution, aux attentes du peuple face aux prestations escomptées, à la sécurité, à l'égalité, à la protection des plus faibles, au bien-être et au « style bernois ».

Nous ne voulons plus continuer à imiter les recettes zougaises, saint-galloises ou zurichoises. Le canton de Berne a besoin d'en revenir à ses propres valeurs. Ce sont les ours qui nous sont familiers, pas les lions. Economiesuisse n'est pas un groupe de réflexion, mais un organisme de baisse des impôts munis d'œillères. L'Université de Saint-Gall ne propose pas de recettes à succès, mais répète bêtement les slogans économiques en cours aux Etats-Unis. Et tous les partis politiques du canton de Berne se fourvoient. On ne peut défaire le nœud gordien, il faut le trancher ! La politique du personnel n'a pas besoin de corrections, mais de bases entièrement nouvelles : le travail et les performances méritent salaire.

Agir, pas gémir !

Durant sa session de juin, le Grand Conseil débattait de la Loi sur les caisses de pension, la Loi sur le statut du corps enseignant et donc aussi de la Loi sur le personnel. Le Conseil-exécutif s'est efforcé de jeter des bases raisonnables. L'administration a soumis des propositions défendables. L'UCI et les PME ont un peu rouspété et les projets de consultation ont été dilués. Le Conseil-exécutif ne veut pas s'échouer sur le récif et c'est pourquoi il n'atteint jamais la terre ferme.

Les commissions consultatives du Grand Conseil ont repeint en noir et blanc les tableaux à l'huile réalisés avec de la peinture à l'eau et y ont introduit des tons pastels. Pas de rouge, pas de noir, pas de tons lumineux ni foncés. Le pinceau du compromis a balayé toute la palette et a pris un peu de chaque couleur. Résultat : du gris ! Le PS a fait des propositions illusives, l'UDC a menacé de façon idéologique, le PLR s'est montré mécontent comme c'est si souvent le cas, le PBD a bâti des ponts sans fondations et le reste était aussi sur le chantier pour donner son avis aux ouvriers.

Et que fait l'APEB ? Et que font les associations de personnel ? Et que font les enseignantes et les policières, les experts

fiscaux et les agents de poursuite, les retraités et les pasteurs, les cantonniers et les forestiers, le personnel soignant et les garde-faune ? Rien encore, ou presque rien. Ils étaient 20 000 sur la Place fédérale. Il faut qu'ils soient encore plus nombreux.

Le canton de Berne est à réinventer. Par des gens qui regardent vers l'avant, qui encouragent l'économie, qui ne font pas que baisser les impôts, qui ne tolèrent pas des baillis, qui témoignent de l'estime à l'administration et sont respectueux de l'Etat. Et surtout : Berne a besoin de gens qui agissent, pas qui gémissent !

Et l'APEB a besoin d'une Assemblée des délégués qui fasse preuve de clairvoyance, d'un Comité central qui revendique, d'un Comité directeur qui pilote et d'un secrétariat qui mette en œuvre. Et de membres qui participent à la réflexion et prennent position. Elle a besoin de toi. Manifeste-toi. A tue-tête, et vite ! Toutes les personnes concernées doivent par principe examiner de manière approfondie les questions fondamentales touchant à la politique du personnel. Voulons-nous vraiment toujours conclure des compromis ? Accepter ce qui est encore tout juste acceptable ? A quel moment la limite du supportable est-elle atteinte ? Est-ce que je me soucie uniquement de moi ou aussi de ceux de la classe de traitement 2 ? Voulons-nous vraiment rénové encore et encore ou construire du neuf pour une fois ?

Il ne se passera rien avant le 1^{er} janvier 2015

Jusqu'au 1^{er} janvier 2015, le droit en vigueur en matière de caisses de pension restera inchangé. Jusqu'à cette date, l'âge de la retraite ne sera pas augmenté. La rente de raccordement est maintenue. Les taux de cotisation restent identiques. Les personnes qui prendront leur retraite avant cette date bénéficieront dans l'ancien droit. Et les prestations promises alors le resteront. L'APEB part du principe que, au printemps 2014, tous les assurés seront personnellement informés des changements entre les nouvelles conditions et les anciennes.

- L'APEB est assez forte pour lancer le référendum contre la Loi sur les caisses de pension.
- L'APEB est assez forte pour arracher le référendum contre la Loi sur le statut du corps enseignant.
- L'APEB est assez forte pour faire aboutir devant le peuple son initiative pour des salaires corrects.
- L'APEB est plus forte que n'importe quel parti politique du canton de Berne.

Et si on lançait le référendum ?

Si l'APEB ou l'UDC ou tous deux ensemble, lancent le référendum et que le peuple rejette la nouvelle loi, nous continuerons à être tous assurés selon le régime de la primauté des prestations. C'est ce que souhaite l'APEB, mais pas les partis bourgeois. Mais alors les déductions sur les salaires pour les assurances grimperont massivement étant donné que le découvert est à combler en l'espace de dix ans. Et ça, personne ne le veut.

Et qui lance le référendum ?

Au sein de l'UDC, un seul conseiller d'Etat a d'ores et déjà annoncé le référendum. Pour l'APEB, c'est certainement le Comité central qui va décider. Mais les membres peuvent exiger une consultation générale. Il suffit pour cela qu'un dixième des membres la demande ou d'une décision du Comité central ou de l'Assemblée des délégués.

diagonal

APEB

www.apeb.ch



11 Portrait

28 ans comme chancelier du canton

« Il est fondamental que les intérêts du personnel soient entendus.

L'APEB s'engage pour le personnel de l'Etat. C'est important car, le canton de Berne a besoin de personnel bien qualifié et motivé. »

14 Sujet politique

Session de juin

Avant la session du Grand Conseil, Matthias Burkhalter, administrateur de l'APEB, émet un avis critique.

Editorial



Personne ne sait ce qui restera au final.

Zryd

Des salaires plus élevés sont possibles

Le défilé des employés de l'Etat lors de la manifestation «Stop au démantèlement» du 16 mars dernier était époustoufflant. Vingt mille personnes se sont réunies sur la Place fédérale.

Matthias Burkhalter, administrateur de l'APEB

Les réglementations à venir en matière de caisses de pension ne sont pas connues, le système salarial nécessite une révision, le budget 2014 suscite encore de violents débats. Les employés de l'Etat bernois ne savent aujourd'hui vraiment pas quelles sont leurs perspectives.

Malgré le programme d'économies, il faut enfin créer de meilleures conditions d'engagement. Une croissance de la masse salariale de 1,5% dans le budget 2014 représente le strict minimum. Cela ne suffira pas pour corriger le retard des salaires et les distorsions structurelles. Si c'est insuffisant, il s'agit alors d'effectuer des corrections dans les trois autres secteurs de

coûts: les investissements, les impôts et les dettes.

Toute mesure d'économies a son alternative. Mais il y a toujours des personnes touchées. La question, c'est de savoir qui arrive à s'imposer. Une petite délégation de l'Oberland a été auditionnée en raison de la détérioration de l'ouverture du col du Grimsel. Et elle a réussi. Vingt mille employés de l'Etat ont défilé sur la Place fédérale et veulent aussi voir des résultats. Je réclame de la modération dans les investissements, une hausse ciblée des impôts et une augmentation temporaire de la dette qui est actuellement basse.